

Alternative für Deutschland NRW

Satzung des Kreisverbands Düren

gegründet am 10. Aug. 2013, Satzung zuletzt geändert am 11. Okt. 2014

Fassung vom 4. Juni 2016

ÜBERSICHT

- § 1 – Name, Sitz und Tätigkeitsgebiet
- § 2 – Gliederung
- § 3 – Mitgliedschaft
- § 4 – Organe des Kreisverbands
- § 5 – Kreisparteitag
- § 6 – Kreisvorstand
- § 7 – Bezirks- und Landesdelegierte
- § 8 – Satzungsänderung
- § 9 – Auflösung und Verschmelzung
- §10 – Schlussbestimmungen

§ 1 – Name, Sitz und Tätigkeitsgebiet

(1) Der Kreisverband trägt den Namen der Partei Alternative für Deutschland mit der nachgestellten Bezeichnung Kreisverband Düren. Die Kurzbezeichnung lautet AfD Düren.

(2) Der Kreisverband hat seinen Sitz in Düren. Das Tätigkeitsgebiet umfasst den Kreis Düren.

(3) Das Wirtschaftsjahr entspricht dem Kalenderjahr.

§ 2 – Gliederung

(1) Der Kreisverband kann in kreisangehörigen Städten und Gemeinden rechtlich unselbständige Untergliederungen (Stadt- bzw. Gemeindeverbände) einrichten. Ihre Aufgaben, Organisation und innere Willensbildung richten sich nach einem Organisationsstatut, das der Kreisparteitag als Bestandteil dieser Satzung beschließt. Der Kreisparteitag entscheidet auch über Änderungen des Organisationsstatutes.

(2) Über die Einrichtung und Auflösung von Stadt- oder Gemeindeverbänden beschließt der Kreisparteitag. Sie müssen bei ihrer Einrichtung mindestens zwölf Mitglieder haben. Sinkt die Zahl der Mitglieder nachträglich unter sieben, ruht die Untergliederung. Sie wird erst wieder durch eine Entscheidung des Kreisvorstands aktiviert.

(3) Der Kreisverband soll Stadt- und Gemeindeverbänden im Rahmen seiner Möglichkeiten und nach einem einheitlichen Maßstab angemessene Mittel zur Erfüllung ihrer Aufgaben zur Verfügung stellen, soweit die Finanzplanung des Kreisverbandes dies erlaubt.

(4) Alle vorgenannten Beschlüsse des Kreisparteitages bedürfen einer Zweidrittelmehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen.

(5) Die Vorsitzenden von Stadt- und Gemeindeverbänden haben das Recht an den Kreisvorstandssitzungen teilzunehmen.

§ 3 – Mitgliedschaft

(1) Für die Mitgliedschaft gelten die Bestimmungen der Bundes- und der Landessatzung.

(2) Die Mitglieder des Landesverbands werden vom Landesverband aufgenommen und verwaltet, soweit dieser die Aufgaben nicht an nachgeordnete Gebietsverbände delegiert hat.

(3) Bei entsprechender Delegation nimmt der Kreisverband auf.

(4) Für die Frage der Stimmberechtigung eines Mitgliedes sind die vom Landesverband dem Kreisverband übermittelten Daten maßgeblich.

§ 4 – Organe des Kreisverbands

Organe des Kreisverbands sind der Kreisparteitag und der Kreisvorstand.

§ 5 – Kreisparteitag

(1) Der Kreisparteitag ist das oberste Organ des Kreisverbands. Er findet als Mitgliederversammlung statt.

(2) Aufgaben des Kreisparteitages sind die Beratung und Beschlussfassung über alle wesentlichen politischen und organisatorischen Fragen des Kreisverbands. Der Kreisparteitag beschließt insbesondere über das Kreiswahlprogramm und die Kreissatzung. Er kann sich eine Geschäftsordnung geben; bis dahin gilt die

Geschäftsordnung des Landesverbandes NRW.

(3) Der Kreisparteitag wählt den Kreisvorstand sowie die Rechnungsprüfer jeweils für zwei Jahre. Wählbar ist nur, wer Mitglied des Kreisverbands ist. Mit der Beendigung der Mitgliedschaft im Kreisverband endet auch das Amt. Werden einzelne Mitglieder nachgewählt, richtet sich ihre Amtszeit nach der verbliebenen restlichen Amtszeit des Kreisvorstands. Die Gewählten bleiben bis zur Wahl von Nachfolgern im Amt.

(4) Gewählt werden können auch Abwesende, wenn sie vor der Wahl gegenüber der Versammlungsleitung persönlich oder schriftlich mit eigenhändiger Unterschrift ihre Kandidatur und die Annahme der Wahl erklärt haben.

(5) Der Kreisparteitag nimmt jährlich den Rechenschaftsbericht des Kreisvorstands entgegen und fasst hierüber einen Beschluss.

(6) Der Kreisvorstand beschließt die Einberufung, insbesondere den Versammlungsort, das Datum und die Uhrzeit sowie die vorgeschlagene Tagesordnung. Die Einladung erfolgt durch den Sprecher oder ein anderes vom Vorstand beauftragtes Vorstandsmitglied schriftlich mit einer Frist von vier Wochen vor dem Parteitag. Sie kann auch durch E-Mail übermittelt werden, sofern das Mitglied eine E-Mail-Adresse hinterlegt hat. Im Falle einer Ortsverlegung innerhalb dieser Frist muss die Einladung mit dem veränderten Ort wiederholt und eine Frist von drei Tagen gewahrt werden.

(7) Anträge an den Kreisparteitag sind mit einer Frist von zehn Tagen vor dem Parteitag schriftlich oder durch E-Mail einzureichen. Sie sind an die in der Einladung dafür bezeichnete Postanschrift oder an die elektronische Adresse des Kreisverbandes zu richten, in Ermangelung einer solchen an den Vorstandssprecher. Der Vorstand übermittelt die fristgerecht eingegangenen Anträge bis eine Woche vor dem Parteitag an die Mitglieder.

(8) Die Aufnahme nicht fristgerecht beantragter zusätzlicher Tagesordnungspunkte ist nur zulässig, wenn die Versammlung denn mit Zweidrittelmehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen zustimmt. Nach der Feststellung der Tagesordnung durch die Versammlung werden keine weiteren neuen Tagesordnungspunkte mehr aufgenommen. Nicht fristgerecht eingereichte Sachanträge (Beschlussanträge) sind als Dringlichkeits- oder Initiativanträge nur zulässig, wenn sie in der Versammlung von fünf Prozent der Mitglieder des Kreisverbands, mindestens aber von zehn Mitgliedern gestellt werden und der Parteitag dem zustimmt. Anträge auf Änderung der Kreissatzung, auf Abwahl von Amtsträgern und auf Gründung oder Auflösung einer Untergliederung können nicht als Dringlichkeitsanträge gestellt werden.

(9) Der Kreisparteitag wird mindestens einmal im Kalenderjahr einberufen. Der Kreisparteitag muss darüber hinaus unverzüglich einberufen werden,

wenn der Kreisvorstand es mit der Mehrheit seiner Mitglieder beschließt oder es schriftlich unter Angabe der gewünschten Tagesordnung verlangt wird

- von einem Zehntel der Mitglieder des Kreisverbands oder
- durch Beschluss des Bezirks- oder Landesvorstands. Nimmt der Kreisvorstand die Einladung nicht binnen drei Wochen vor, ist auch der Bezirks- bzw. Landesvorstand zur Einberufung berechtigt.

(10) Der Kreisvorstand kann mit der Mehrheit seiner Mitglieder beschließen, einen Kreisparteitag mit verkürzter Frist von mindestens drei Tagen einzuberufen, wenn der Anlass der Einberufung besonders eilbedürftig ist. Die Eilbedürftigkeit ist in der Einladung zu begründen. Auf dem mit verkürzter Frist einberufenen Parteitag können nur Beschlüsse gefasst werden, die unmittelbar mit dem Grund der Einberufung zusammenhängen. Die Stellung von Dringlichkeitsanträgen ist ausgeschlossen.

(11) Der Kreisparteitag wird durch einen Vertreter des Kreisvorstands eröffnet. Seine Aufgabe besteht ausschließlich darin, die Wahl einer Versammlungsleitung durchzuführen.

(12) Der Kreisparteitag und seine Beschlüsse werden durch einen von der Versammlung beauftragten Teilnehmer protokolliert, der nicht Mitglied des Kreisverbands sein muss. Das Protokoll ist vom Protokollführer und vom Versammlungsleiter zu unterschreiben und innerhalb von zwei Wochen dem Landes- und dem Bezirksverband zu übermitteln.

§ 6 – Kreisvorstand

(1) Der Kreisvorstand besteht aus einem Sprecher, bis zu drei stellvertretenden Sprechern und dem Schatzmeister, wobei mindestens ein stellvertretender Sprecher vorhanden sein muss. Diese bilden den inneren Vorstand, sowie bis zu fünf Beisitzern. Über die Anzahl der stellvertretenden Sprecher und Beisitzer entscheidet der Kreisparteitag vor den entsprechenden Wahlgängen.

(2) Durch ein Ausscheiden des Sprechers oder des Schatzmeisters wird die Beschlussfähigkeit des Vorstands nicht berührt. In diesem Fall bestimmt der Vorstand eines seiner Mitglieder zum kommissarischen Sprecher oder Schatzmeister und beruft einen Parteitag zur Durchführung der Nachwahl ein auf einen Termin, der nicht später als drei Monate nach dem Ausscheiden liegen soll.

(3) Der Kreisvorstand soll mindestens in jedem zweiten Kalendermonat zu einer Präsenzsitzung zusammentreten. Weitere Sitzungen können auch als Telefonkonferenz stattfinden. Vorstandssitzungen werden vom Sprecher, im Verhinderungsfall von einem stellvertretenden Sprecher schriftlich oder per E-Mail mit einer Frist von einer Woche unter Angabe der vorläufigen Tagesordnung einberufen. Bei dringenden Anlässen, insbesondere wenn

andernfalls der Eintritt eines Nachteils für den Kreisverband zu besorgen ist, kann die Einberufung auch kurzfristiger erfolgen. Drei Vorstandsmitglieder können die Einberufung verlangen unter Bekanntgabe der zu behandelnden Themen verlangen. In diesem Fall muss sie binnen einer Woche erfolgen. Einzelheiten zur Einberufung und Arbeitsweise des Vorstands regelt eine Geschäftsordnung, die der Vorstand mit Zweidrittelmehrheit beschließt.

(4) Der Vorstand leitet den Kreisverband und führt die Geschäfte auf der Grundlage der Satzung und der Beschlüsse des Kreisparteitags. Er ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist bzw. fernmündlich teilnimmt, darunter mindestens zwei Mitglieder des inneren Vorstands. Beschlüsse werden, soweit in dieser Satzung nichts anderes geregelt ist, mit einfacher Mehrheit getroffen. Beschlüsse können auch in einem Umlaufverfahren per E-Mail gefasst werden. Der Antrag und die Zustimmung oder Ablehnung sind durch die Erklärenden jeweils an alle übrigen Vorstandsmitglieder zu senden. Der Beschluss gilt als gefasst, wenn zwei Drittel der Vorstandsmitglieder zugestimmt haben. Auf diesem Wege gefasste Beschlüsse sind im Protokoll der nächsten Vorstandssitzung zu dokumentieren.

(5) Die Mitglieder des inneren Vorstands sind die gesetzlichen Vertreter des Kreisverbands (Vorstand gemäß § 26 BGB). Zwei Mitglieder des inneren Vorstands vertreten den Verband gemeinsam, soweit es sich um schuldrechtliche Verpflichtungen von über 500 € handelt, im Übrigen vertreten die Mitglieder des inneren Vorstands den Verband alleine. Im Innenverhältnis dürfen rechtsgeschäftliche Verpflichtungen nur auf Grundlage und im Rahmen eines Vorstandsbeschlusses eingegangen werden. Der Beschluss muss die im Einzelfall einzugehende Verpflichtung nach Zweck und Betrag bezeichnen oder ein Rahmenbudget für hinreichend bestimmte Zwecke vorsehen. Der Vorstand kann weiteren Personen schriftliche Vollmachten erteilen.

(6) Der Kreisparteitag kann auf Antrag den Kreisvorstand oder einzelne seiner Mitglieder abwählen. Abwahanträge können nicht als Dringlichkeitsanträge gestellt werden. Sie werden ausschließlich mündlich gegenüber dem Parteitag begründet. Der Abwahantrag hat Erfolg, wenn die Ja-Stimmen mindestens zwei Drittel der gültig abgegebenen Stimmen ausmachen. Hat ein Abwahantrag Erfolg, kann der Parteitag unmittelbar danach eine Nach- oder Neuwahl vornehmen. Hierüber ist mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen zu entscheiden.

(7) Vorstandsmitglieder erhalten Auslagenersatz und Reisekostenvergütung für die Teilnahme an allen Veranstaltungen des Kreisverbandes, des Bezirks- oder Landesverbandes, soweit sie nicht anderweitig erstattet werden im Rahmen der jeweils geltenden steuerrechtlichen Grundsätze.

§ 7 – Bezirks- und Landesdelegierte

(1) Der Kreisparteitag wählt die Delegierten des Kreisverbands zu Bezirks- und Landesparteitagen für ein Jahr. § 5 Abs. 3 Sätze 2 bis 4 und § 5 Abs. 4 gelten für die Delegierten entsprechend.

(2) Nach jeder Wahl von Delegierten übermittelt der Kreisvorstand unverzüglich die Liste der Gewählten an die Landesgeschäftsstelle.

(3) Delegierte sind verpflichtet, eine Verhinderung an der Wahrnehmung des Mandats umgehend dem Kreisvorstand (Sprecher oder Koordinationsbeauftragtem) mitzuteilen. Auf Aufforderung des Kreisvorstands haben sie bis spätestens eine Woche vor einem Bezirks- oder Landesparteitag zu erklären, ob sie die Delegiertenfunktion auf dem anstehenden Parteitag wahrnehmen werden. Eine ausbleibende Erklärung gilt insoweit als Verzicht.

(4) Eine zweimalige unentschuldigte Nicht-Teilnahme führt durch Mehrheitsbeschluss des Kreisvorstandes zum Verlust des Mandates.

(5) Der Kreisvorstand kann mit einfacher Mehrheit beschließen, ob und in welchem Umfang für die Teilnahme der Delegierten oder entsandten Mitgliedern des Kreisverbandes zu Bezirks-, Landespartei oder Bundesparteitagen Reisekosten erstattet werden. Dies geschieht allerdings immer nur im Rahmen der jeweils geltenden steuerrechtlichen Bestimmungen. Der Kreisvorstand kann die Erstattung einschränken oder konditionieren, insbesondere dann wenn die Finanzlage des Kreisverbandes dies erfordert oder die Finanzmittel für andere Zwecke (z.B. für den Wahlkampf oder für Veranstaltungen) benötigt werden.

§ 8 – Satzungsänderung

(1) Änderungen dieser Satzung können nur von einem Kreisparteitag mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der gültig abgegebenen Stimmen beschlossen werden.

(2) Über einen Antrag auf Satzungsänderung kann nur abgestimmt werden, wenn er nach § 5 Abs. 7 fristgerecht eingereicht und versandt wurde. Satzungsänderungsanträge können keine Dringlichkeitsanträge sein.

§ 9 – Auflösung und Verschmelzung

Für die Rechtswirksamkeit von Beschlüssen über die Auflösung oder Verschmelzung des Kreisverbands gelten die Regelungen der Bundessatzung entsprechend.

§ 10– Schlussbestimmungen

(1) Die Bestimmungen der Satzungen übergeordneter Parteigliederungen gehen dieser Satzung vor, und zwar in folgender Reihenfolge: Bundes- Landes- und Bezirkssatzung. Die Wahlordnung und die Geschäftsordnung des Landesverbandes NRW in ihrer jeweiligen Fassung gelten ergänzend. In Zweifelsfällen gelten die übergeordneten Regelungen anstelle der Kreissatzung. Widersprechende Bestimmungen der Kreissatzung sind nichtig.

(2) Sollten einzelne Bestimmungen dieser Satzung ganz oder teilweise unwirksam oder nichtig sein oder werden, so wird dadurch die Wirksamkeit anderer Regelungen dieser Satzung nicht berührt.

(3) Die Satzung tritt mit Beschluss durch den Kreisparteitag am 4. Juni 2016 mit Beschluss des Parteitages um 12:58 Uhr in Kraft.